

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpiennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Restzeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Taler gereicht durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Donnerstag, den 14. August 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshochschule: Berlin SW 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotsenkasse Lindenstraße 3

Die Räumungsfrage im Mittelpunkt.

Noch kein Fortschritt. — Marx befragt den Reichspräsidenten.

Die entscheidenden Besprechungen in London, die am gestrigen Mittwochvormittag begonnen haben, sind in der sechsten Nachmittagsstunde wieder aufgenommen worden. Es nehmen daran teil Reichskanzler Marx, die Reichsminister Stresemann und Luther für Deutschland, Ministerpräsident Herriot, sein Kabinettschef Bergerie und sein Ministerialdirektor Peretti della Rocca für Frankreich, Ministerpräsident Theunis und Außenminister Hymans für Belgien. Der französische Kriegsminister General Nollet und der französische Finanzminister Clémentel waren an diesen Besprechungen vormittags nicht beteiligt, woraus hervorgeht, daß die Frage der internationalen Militärkontrolle in Deutschland und der deutsch-französischen Handelsvertrag zunächst nicht Gegenstand dieser Besprechung waren. Man hat gestern in London ausschließlich über die Fragen der militärischen Räumung des Ruhrgebiets, der Rückkehr der Ausgewiesenen, des Verbleibens von viertausend franco-belgischen Eisenbahnern im westdeutschen Eisenbahndienst und über den Transfer verhandelt. Es ist also die zentrale Bedeutung der Zurückziehung der militärischen Ruhrbesetzung auch von Frankreich und Belgien offenbar anerkannt.

In vorgerückter Nachtstunde liegt nur ein Teilergebnis der Londoner Mittwochbesprechung vor. Die französische Abordnung will die militärische Räumung des Ruhrgebiets erst in einem Jahre vornehmen und auch beenden. Die deutsche Abordnung fordert, daß die militärische Räumung der wirtschaftlichen Räumung ebenso auf dem Fuße folge, wie die französische Besatzungsarmee dem wirtschaftlichen Sanktionspersonal bei der Ruhrbesetzung gefolgt ist. Frankreich und Belgien haben wiederholt in offiziellen Regierungserklärungen an das Ausland, auch an Deutschland, wie vor ihren eigenen Parlamenten die militärische Ruhrbesetzung ausschließlich als Sicherungsmäßnahme und Vollziehungsgewalt für die wirtschaftliche Sanktion bezeichnet. Im Versailler Vertrag findet die Ruhrbesetzung keine Stütze. Das Recht ist unzweifelhaft und unbefristet auf der Seite der deutschen Forderung.

Die Londoner Konferenz soll nach dem übereinstimmenden Willen ihrer Teilnehmer Europa endlich den wahren Frieden und die Möglichkeit ungestörten Wiederaufbaus und zunehmender Bevölkerung bringen. Das französische Volk hat durch die Kammerwahl vom 11. Mai diesen Willen mit überwältigender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, die belgische Regierung hat mehr als einmal Zeichen des Verständigungswillens gegeben. Eine Verlängerung der militärischen Besetzung über die wirtschaftliche Räumung und über die technische Notwendigkeit hinaus, die der Abzug einer solchen Militärmacht erfordert, müßte, vor allem im Ruhrgebiet, als eine Ausnutzung der Gewalt, aber nicht als eine Wiederherstellung des Rechts empfunden werden.

Deutscher Verhandlungsbericht.

London, 13. August. (WZB.) Der Sonderberichterstatter des WZB. erzählt über die heutigen Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegationen, die den ganzen Vormittag und Nachmittag in Anspruch nahmen, daß in der Hauptfrage der militärischen Räumung kein Fortschritt erzielt wurde. Vormittags war die französische Delegation durch den französischen Ministerpräsidenten Herriot, Peretti della Rocca und Bergerie vertreten. Am Nachmittag nahmen auch der französische Finanzminister Clémentel und der Kriegsminister Nollet an den Verhandlungen teil. Der französische Ministerpräsident erklärte, sein Vorschlag gehe dahin, daß die Ruhr geräumt werden solle in einem Maximum von einem Jahr. Er fügte hinzu, er könne keine Angaben über eine stufenweise Räumung machen. Die von deutscher Seite gestellte Frage, von welchem Tage ab die Räumungsfrist in diesem Fall zählen würde, soll morgen beantwortet werden.

Der Reichskanzler Marx war heute mittag bei dem britischen Ministerpräsidenten Macdonald, um ihm von dem Ernst der Lage Kenntnis zu geben und ihm mitzuteilen, daß die deutsche Delegation auf diese französischen Vorschläge nicht eingehen könne. Da nachmittags angesichts des starken Gegenstandes zwischen den beiderseitigen Auffassungen eine Stockung eintrat, teilte der Reichskanzler mit, daß er angesichts der überragenden Bedeutung dieser Frage sich mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen würde. Es ist anzunehmen, daß diese Befragung erst morgen erfolgen wird, wenn die Franzosen die versprochenen Auskunft gegeben haben.

Es wurde dann noch über die Frage der Rückkehr der Ausgewiesenen verhandelt, in der eine Einigung erzielt wurde. Zur Frage der Eisenbahner erklärte Ministerpräsident

Herriot, er werde eine Lösung vorschlagen, von der er glaube, daß sie die Souveränität Deutschlands in bezug auf Reichsbahnen und Eisenbahnen unbedingt sicherstellen und andererseits eine Gewähr für die Sicherheit der Besatzungsgruppen geben werde. Der französische Ministerpräsident bemerkte noch, die Frage der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort könne nicht zwischen den Deutschen, Franzosen und Belgiern allein behandelt werden, da andere Mächte an dem betreffenden Beschluß beteiligt gewesen seien.

Morgen vormittag 10 Uhr erfolgt eine Zusammenkunft der deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Besprechung einiger anderer schwebender Fragen. Um 10 Uhr findet eine Sitzung des Rats der Vierzehn statt.

Das Ergebnis des heutigen Tages kann dahin zusammengefaßt werden, daß in den meisten behandelten Punkten eine Einigung erzielt wurde, nur nicht in der Hauptfrage der militärischen Räumung. Die Auffassung in den Kreisen der deutschen Delegation über die hierdurch entstandene Lage ist ernst.

Loucheur als Quertreiber.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Rolle, die der frühere Minister Loucheur in London spielt, gehen in Paris Gerüchte, die ernsthaft Quertreibereien der von Loucheur gegründeten Gruppe der Radikalen Linken befürchten lassen. Es verlautet, daß Loucheur den französischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht habe, daß diese Fraktion, die mit ihren 40 Mitgliedern den rechten Flügel der Regierungsmehrheit bildet, über den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen stark beunruhigt sei und die Regierung auf ein Vertrauensvotum von ihr nur rechnen könne, wenn sie als Gegenleistung für die von Frankreich gebrachten großen Opfer entsprechende Zugeständnisse bei den interalliierten Schulden und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet mitbringe. Wie weit Loucheur ermächtigt ist, im Namen seiner Fraktion, der allerdings eine Reihe sehr unzuverlässiger Elemente, wie der ehemalige Finanzminister Klotz, angehören, zu sprechen, sei dahingestellt. In Paris nimmt man jedenfalls an, daß sein Mandat darauf berechnet ist, Herriot zu zwingen, sich bei den Verhandlungen mit den Deutschen das zu der privaten Interessensphäre Loucheurs gehörende Projekt einer französischen Kapitalbeteiligung an wichtigen deutschen Industrien zu eigen zu machen.

Parallelverhandlungen.

Paris, 13. August. (WZB.) Nach dem Londoner Sonderberichterstatter der Agentur Havas hätte man unabhängig von den Fragen, die heute morgen zwischen den französischen, belgischen und deutschen Delegierten verhandelt wurden, noch die Bedingungen zu bestimmen, unter denen die Probleme der interalliierten Schulden, der deutsch-französischen Handelsbeziehungen und der Entwaffnung Deutschlands geregelt werden sollen. Clémentel und Nollet seien bemüht, in dieser Hinsicht Zusicherungen zu erhalten. Wenn sie sie erhalten sollten und wenn auf der anderen Seite heute abend mit den Deutschen eine Einigung über die Räumung des Ruhrgebietes zustande käme, sowie über die damit zusammenhängenden Fragen, würde in den Arbeiten der Konferenz ein beträchtlicher Fortschritt erzielt sein, und der Abschluß könnte dann ziemlich ruhig erscheinen.

Das Kriegsschuldenproblem.

London, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf französischer Seite macht sich der Wunsch immer stärker bemerkbar, gleichzeitige über die interalliierten Schulden Zusicherungen zu erlangen, die zum mindesten eine Lösung dieser Frage im Sinne der Formel ermöglichen, die vor 1 1/2 Jahren von dem konservativen Kabinett Bonar Law in Aussicht gestellt wurde. Nicht nur Clémentel und Loucheur, der seinen Aufenthalt in London verlängert hat, drängen auf eine Klärstellung dieser Frage. Auch die französischen Sozialisten sind der Auffassung, daß die Lösung des Reparationsproblems unmöglich sei ohne eine Regelung der Schulden Frankreichs.

Die Anleiheausichten.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach hier vorliegenden Meldungen sollen die amerikanischen Bankiers Otto Kahn und Sisson, die am Mittwoch, von einer Europareise zurückkehrend, in New York gelandet sind, die Ueberzeugung ausgesprochen haben, daß die 800-Millionen-Anleihe sehr schnell gezeichnet werde. Man glaube, daß die internationale Finanz sich darüber innerhalb vierzehn Tagen einigen werde. Als Bedingungen werden genannt: eine 7prozentige Verzinsung und ein Ausgabeort von 93.

Vulkanausbruch in Portugal. In Lissabon fand nach offiziellen Mitteilungen ein kommunikativer Vulkanausbruch statt. Einige Vulkanen sind georrenen, im Beschluß daran mehrere Personen verhaftet worden. Militär und Polizei beherrscht die Stadt.

Reform des Rechtswesens.

Die Stellung des Vorsitzenden im Strafgericht.

Man schreibt uns:

Der Zwischenfall im Potsdamer Waffendiebstahlprozeß hat eine Frage wieder einmal in den Vordergrund gerückt, die zu den wichtigsten der Strafrechtspflege gehört. Der Fall vor dem Staatsgerichtshof ist ein besonders auffallender unter zahllosen anderen, die im Wesen nicht besser sind. Und sie sind alle begründet in einem falschen System, das dringend der Verringerung bedarf.

Jeder kennt das Bild des Einzelrichters oder des Gerichtsvorsitzenden, der in der Hauptverhandlung den Angeklagten verhört. Er hat die Akten, die er bereits studiert hat oder doch haben soll, vor sich liegen und richtet nun an den Angeklagten und später an die Zeugen die Fragen, die geeignet sind, ein Geständnis oder die Ueberführung des leugnenden Angeklagten herbeizuführen. Neben ihm haben die etwaigen Beisitzer, auch die Schöffen, Staatsanwalt und Verteidiger, auch der Angeklagte gegenüber Zeugen und Sachverständigen, das Recht der Fragestellung. Aber der Vorsitzende steht durchaus im Vordergrund. Seine Stellung als Verhandlungsleiter vereint sich mit seiner Aktenkenntnis, um die ganze Wucht der von Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter vorbereiteten Anklage auf den Beschuldigten herabzusetzen zu lassen.

Zwei Dinge sind dabei unverkennbar. Erstens, daß dieser Verhandlungsleiter nicht nur Richter, sondern auch Untersuchungsführer ist, der — wenn er an die Schuld glaubt — auf die Schuldigerklärung hinarbeitet. Zweitens, daß von der völligen Unvoreingenommenheit, die vor dem Abschluß der Verhandlung bei dem Richter vorhanden sein sollte, fast nie die Rede ist. Der Vorsitzende hat sich nach dem Akteninhalt bereits eine Meinung gebildet. Es bedarf sehr schwerwiegender Ueberzeugungsgründe, um ihn davon, d. h. in der Regel von der Annahme der Schuld des Angeklagten, den ja der Eröffnungsbeschluß bereits als „hinreichend verdächtig“ erklärt hat, abzubringen. Kommen dazu noch besondere Vorurteile sozialer oder politischer Art, wie sie in den Kommunistenprozessen fast immer zumungunsten, in den gegen rechts gerichteten nicht selten zugunsten der Angeklagten ins Gewicht fallen, so kann von gleichmäßiger Verteilung von Licht und Schatten, von einer wirklich gerechten Gerichtsverhandlung nicht die Rede sein.

Außerungen wie die: „Angeklagter, wenn wollen Sie das weismachen?“ — „Nun, wir werden ja die Zeugen darüber hören“ und ähnliche sind in unseren Gerichtssälen an der Tagesordnung. Handelt es sich dann gar um Richter wie den berühmten Brausewetter, der am Ende in geistiger Umnachtung gestorben ist, um ausgesprochen politische Prozesse, in denen, wie in dem Prozeß Sköder von 1882 das „Sentiment“ des Vorsitzenden (damals freilich zum Nachteil des Hofpredigers) eine Rolle spielt, oder gar um gesinnungslose Werkzeuge politischer Macht haben im Richteramt, dann kann es geschehen, daß die Gerechtigkeit mit Füßen getreten, die Gerichtsverhandlung zur Possen wird.

Durchgreifende Umgestaltungen unseres Rechtswesens in der Richtung zum Volksgericht werden nötig sein, um alle solche Klippen einer gerechten Rechtspflege zu vermeiden. Aber die Umgestaltung des Verfahrens im Sinne größerer Sicherung des Angeklagten ist eine Aufgabe für sich, deren Lösung nicht mehr lange verschoben werden darf.

Im Strafgerichtsverfahren gibt es zwei grundsätzliche Richtungen, die als Inquisitions- und als Anklageprozeß bezeichnet werden. Das Wesen des Inquisitionsprozesses, bei dem man nicht immer an die Gravel der alten Kezerverfolgungen zu denken braucht, besteht darin, daß der urteilende Richter zugleich die Untersuchung führt, in der der Angeklagte lediglich als Gegenstand der Untersuchung, nicht als gleichberechtigter Prozeßpartei erscheint. Bei dem Anklage- oder Parteienprozeß wird die Anklage entweder durch private Ankläger oder durch die Polizei, selten durch eine besondere Staatsanwaltschaft erhoben und bis zum Richterspruch durchgeführt. Auch in der Gerichtsverhandlung, in der der Richter nur die Verhandlung leitet, nicht aber den Angeklagten verhört. Dieser oder sein Verteidiger sind dabei dem Ankläger völlig gleichberechtigt; ebenso wie er Partei im Rechtsstreit.

In Deutschland hat an Stelle des altdeutschen Parteienprozesses sich vom Mittelalter an nach dem Muster kirchlichen („kanonischen“) Rechts der geheime und schriftliche Inquisitionsprozeß durchgesetzt, als dessen Behelfe früher die Folter, später immer noch eine Reihe fühlbarer Zwangsmittel angewandt wurden. Unter dem Einfluß der französischen Revolution und der im linksrheinischen Deutschland mit den französischen Errungenschaften gemachten Erfahrungen setzte sich seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine Umbildung in der Richtung zum Anklageprozeß durch. In der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 heißt es in den Grundrechten (§§ 178, 179): „Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwere-

Gewerkschaftsbewegung

Eine falsche Rechnung.

„Heiß, was heißen mag!“ — sagten sich die Verfasser der Arbeitszeit-Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Es gilt durch Ziffern zu beweisen, was zu beweisen war, daß der Achtstundentag unmöglich und die 10- bis 12stündige Arbeitszeit notwendig und segensreich sei — für die Wirtschaft.

Den sogenannten Produktionsstunden der Vorkriegszeit werden die Produktionsstunden der Nachkriegszeit gegenübergestellt und diesen wiederum die Produktionsstunden auf Grund der verlängerten Arbeitszeit. Die Rechenkünster der Arbeitgeberverbände sind über den Verdacht erhaben, als ob sie nicht unterscheiden könnten zwischen den Arbeitsverhältnissen in der Vorkriegszeit und denen in der Nachkriegszeit. Sie wissen, daß sie hier mit zwei ungleichen Größen zu rechnen haben, die nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar sind. Da der gewaltige Unterschied zwischen der Zeit des Säbelrassens und der Flucht über die holländische Grenze der Beweisführung nicht in den Kram paßt, wird er stillschweigend übergangen — darf er doch als bekannt „vorausgesetzt“ werden — und lediglich eine Gegenüberstellung von Ziffernreihen vorgenommen, um aus der Differenz die Schädlichkeit des Achtstundentages nachzuweisen. Der Arbeitszeitausfall wird nachgewiesen durch Berechnung der durch wirtschaftliche und politische Streiks und Ausperrungen entfallenen Arbeitsstunden, durch Urlaub, „Tarifkrankheit“, durch Kohlen- und Baggongmangel; der Arbeitsausfall infolge der passiven Resistenz im Ruhrgebiet ist absichtlich mit keinem Wort erwähnt, sondern in die Schätzung des Gesamtausfalls „von über 30 Milliarden Produktionsstunden aus diesen verschiedenen, der Vorkriegszeit auch nicht annähernd so geläufigen Ursachen“ (!) mit einbezogen.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft den Weltkrieg vom Zaun gebrochen, wenn sie den Raubbau der Kriegswirtschaft betrieben, wenn sie Betriebsmittel und Betriebsanlagen über die Grenzen gebracht hätte, wenn sie all das Elend verschuldet hätte, das der Krieg und der Zusammenbruch über sie gebracht hat, dann müßte sie sich die Rechnung der Deutschen Arbeitgeberverbände gefallen lassen. Da jedoch insbesondere die deutschen Industriellen zur Kriegsverlängerung beigetragen haben durch ihre Anreizpläne, da sie den Ruhestuhl aus dem Raubbau zogen, da sie die Reparations- und Inflationsgewinne samt den Kriegsgewinnen einheimsten, ist es eine bodenlose Unverschämtheit, die „geläufigen Ursachen“ auf die Arbeiterschaft zurückzuführen, ihr den Ausfall an Produktionsstunden selbst durch Ausperrungen und die Ruhraktion anzukreiden. Eine derartige Propaganda der Arbeiterschaft können sich die Herrschaften im Unternehmerlager jetzt nur leisten, weil infolge der Kriegsnachwirkungen die Arbeiterschaft wirtschaftlich und organisatorisch noch zu sehr geschwächt ist, um darauf die gehörige Antwort zu geben.

Es wäre zwecklos, die Vergangenheit herauszuschwören, wenn hier nicht der Versuch gemacht würde, den Nachweis zu führen, daß in gleicher Weise wie in den zurückliegenden Nachkriegsjahren auch weiterhin „die zahlenmäßig geradezu erschreckenden Ausfälle durch wirtschaftliche und politische Streiks — und Ausperrungen, zu erwarten seien, das Unternehmertum damit zu rechnen habe und so durch Verlängerung der Arbeitszeit sich mit verlängerter Arbeitszeit gewissermaßen „eindecken“ müsse, um die drohenden Ausfälle an Produktionsstunden zu überdecken.

Kurz vor dem Kriegszusammenbruch verstand man im Lager der Spitzenorganisationen der Unternehmer anders zu rechnen. Wie stände es heute mit dem deutschen Unternehmertum, mit seinen bis auf eine Goldmark abgeschriebenen Betriebsanlagen, wenn nicht die vordem von der Schwerindustrie insbesondere verfeimten Gewerkschaften dafür gesorgt hätten, daß in dem ganzen Tohuwabohu des Kriegszusammenbruchs und des Rezessionszusammenbruchs der großen Masse der Kriegsteilnehmer schließlich die Vernunft bald wieder die Oberhand bekam?

Die Herren können doch nicht heute so tun, als seien sie bei all den Vorgängen seit 1914 nur unbeteiligte Zuschauer gewesen, die in der Rolle eines „Ehrbaren Kaufmannes“ lediglich den Verlust an Produktionsstunden für die Öffentlichkeit zu berechnen hätten, indes sie ihre Gewinnkonten verfeimten, und durch ihren Teil der Schuld nur einen dicken Strich zu machen nötig hätten. Wenn sie schon einmal die Absicht haben, alle Nachteile auf die Schultern der Arbeiterschaft zu packen, durch längere Arbeitszeit und niedrigere Reallohne, dürfen sie nicht mit solchen Rechenkunststücken operieren.

Auch die Gewerkschaften wußten, genau wie die Unternehmer, daß der Ubergang zur achtstündigen Arbeitszeit sich nicht ohne Schwierigkeiten und Nachteile vollziehen konnte. Während jedoch die Gewerkschaften damit rechneten, daß die Einführung des Achtstundentages die Unternehmer anspornen würde, sich mit ihrer gesamten Betriebsführung darauf einzustellen, spekulierten die Unternehmer darauf, bei der erstbesten ihnen günstig erscheinenden Gelegenheit den Achtstundentag wieder zu beseitigen, wieder „herr im Hause“ zu sein. Auch darüber mußte man sich klar sein, daß eine Arbeiterschaft, die während länger als vier Jahren durch alle Schrecken des Krieges gehegt wurde, indessen ihre Frauen und Kinder an Kohlrüben verhungerten, nicht sobald in den Betrieben wieder das leisten konnte, was sie vordem geleistet hatte, zumal nicht bei der Vermehrung der Betriebe während der Kriegszeit und ihrer verschiedenen Umstellungen.

Besonders verwerflich ist, speziell die Bergarbeiter herauszugreifen, auf ihr Konto den Raubbau in den Gruben zu setzen, ihnen die Unterernährung als Schuld anzukreiden, ihnen den Ausfall an Produktionsstunden infolge des Baggonmangels, der passiven Resistenz und des letzten Abwehrstreiks, in den man sie mit Gewalt hineingezwungen hat, zuzuschreiben. Zeigt, nachdem die schlimmsten unmittelbaren Kriegsfolgen überwunden sind, nachdem die Bergwerke während der Dauer der passiven Resistenz auf Kosten des Reiches wieder leiblich hergerichtet sind, prahlt das Unternehmertum damit, daß durch seine weitblickenden Maßnahmen, den Bergarbeitern die ständige Schicht aufzuzwingen, die „immerhin wieder eingeführt“ sei, im Ruhrbergbau der Förderanteil pro Schicht auf den Kopf der Belegschaft errechnet wieder von 67 Proz. der Friedenseistung im Durchschnitt des Jahres 1922 auf 93 Proz. im März 1924 gestiegen ist.

Das ganze Nachwerk dieser Denkschrift entspricht so in jeder Weise seinem Zweck, die deutsche Arbeiterschaft um den Achtstundentag zu pressen und den Raubbau auf ihre Lebenszeit zur höheren Ehre des Reiches zu beschönigen und zu rechtfertigen zu suchen.

Verammlung aller in der SPD. organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Friedrichshain

heute, Donnerstag, den 14. August 1924, abends 7 Uhr, in „Schmidts Gesellschaftshaus“, Fruchtstr. 36a.

Tagesordnung: 1. Die Arbeit der Parteigenossen in den städt. Betrieben und Verwaltungen. Referent: Kollege Schwanebeck. 2. Verschiedenes.

Wir erwarten pünktliches und volkstühliges Erscheinen.

SPD.-Fraktion des Bezirksamts Friedrichshain
gez. Wolgast, 2. Vorsitzender
gez. Gerbert, Schriftführer.

Unterstützung besonders hilfsbedürftiger Kurzarbeiter.

BTB. meldet: Entsprechend einer Entschließung des Reichstages hat der Reichsarbeitsminister eine Anordnung erlassen, wonach den Bezirksfürsorgeverbänden durch die Arbeitsnachweise oder Landesarbeitsämter zur Unterstützung besonders hilfsbedürftiger Kurzarbeiter in bestimmtem Umfang Mittel aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge überwiesen werden können.

Da die schlechtest entlohnten Arbeitergruppen schon bei Vollarbeit nicht genug verdienen, um sich mit ihren Familien ordentlich zu nähren und zu kleiden, sind die Kurzarbeiter natürlich erst recht über daran. Welche Momente sollen nun für den Begriff der besonderen Hilfsbedürftigkeit maßgebend sein?

Adolf Bled

Rasch und unerwartet schied am 6. August mit Adolf Bled ein unermüdlicher Kämpfer für die Sache der Arbeiterbewegung aus dem Leben. Am 5. November 1883 in Lützen geboren, gehörte der Verstorbene zu den Mitbegründern des Berliner Kohlenarbeitervereins, der sich im Oktober 1907 dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter — dem heutigen Deutschen Verkehrsbund — anschloß. Nach dem Zusammenbruch beider Organisationen war Bled jahrelang als Sektionsleiter der Kohlenarbeiter tätig. Das Vertrauen der Berliner Kollegen betrie ihn im Jahre 1907 zum Revisor der Hauptkassie des Verbandes und ein Verbandstag im Jahre 1912 übertrug ihm das verantwortungsvolle Amt des Obmanns der Revisionskommission, das er bis zu seinem Tode verwaltete. Das Leben Adolf Bleds gehörte aber auch der Sozialdemokratischen Partei, für die er jahrelang in autoperkussionsvoller Kleinarbeit wirkte. Ein dauerndes Gedanke an derer, die mit ihm zusammengearbeitet haben, ist dem Verstorbenen sicher.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie.

In der Verhandlung am Dienstag zur Regelung der Augustgehälter hatten wir erneut dem BTB die Forderung unterbreitet, die Löhnegehälter um 10 Proz. zu erhöhen und die notwendige Zwischenzahlung bereits Ende dieser Woche vorzunehmen. Weiterhin haben wir nochmals die Forderung auf Niederschlagung des Vorschusses in Höhe von 25 Proz. gestellt.

Da alle Forderungen vom Arbeitgeberverband abgelehnt wurden, mußten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden.

Die Niederschlagung des Vorschusses wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse noch genau so ungünstig wie in den Vormonaten sind. — Am 22. d. M. erfolgt die Vorschlagszahlung in Höhe von 25 Proz.

Metall-Kartell.

Günther. Lange. Rothe.

Moskauer Rüge für Williams und Fimmen.

Auf dem eben beendeten internationalen Transportarbeiterkongreß gedachten die Moskauer Vertreter eine besondere Rolle zu spielen und der neuen internationalen Einheitsfrontparole aufzubeißen. Die Moskauer hatten bereits eine Delegation zu dem Kongreß in Aussicht genommen, in Erwartung einer Einladung zu dem Kongreß, die jedoch unterblieben ist. Die Russische Telegraphen-Agentur wird deshalb in Bewegung gesetzt, um einem Mitgliede der voreilig gewählten Delegation, deren Anwesenheit nur von ihr selber, vielmehr ihren Ausfraggebern gewünscht wurde, Melzjanin, Gelegenheit zur Beschwerde zu geben. Die russischen Gewerkschaften hätten auf Grund der Beschlüsse der vorjährigen Konferenz der Transportarbeiter, der persönlichen Be-

sprechungen Melzjanin mit Fimmen im Haag, und der kürzlichen Korrespondenz des Zentralkomitees der russischen Eisenbahn- und Transportarbeitergewerkschaften mit dem Exekutivkomitee der Transportarbeiter-Internationale eine offizielle Einladung nach Hamburg erwartet. Die letzte Antwort des Exekutivkomitees der Internationale habe indessen dahin gelaute, daß die Frage der Einladung auf dem Kongreß selbst erörtert werden solle. Wenn das Exekutivkomitee der Transportarbeiter-Internationale endgültig über die Aufnahme der russischen Gewerkschaften habe beschließen können, so wäre es ihm auch durchaus möglich gewesen, sie zum Kongreß einzuladen, um die Frage ihrer Aufnahme in die Internationale zu beraten. Die Leiter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Williams und Fimmen hätten durch ihr Verhalten die Schaffung einer Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung verzögert.

Der Verlauf des internationalen Transportarbeiterkongresses hat in dieser Beziehung gezeigt, daß der persönliche Vorwurf gegen Williams und Fimmen falsch adressiert ist, ganz abgesehen davon, daß es den Moskauer keineswegs um die Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu tun ist, als vielmehr darum, ein großes bedeutendes Agitationsfeld für Generalstreiks zwecks „Weltrevolution“ zu gewinnen.

Die Exekutive der BTB, sowie der Kongreß haben deutlich erkennen lassen, daß die Internationale Transportarbeiter-Föderation keine Neigung hat, sich ihre Organisation von Moskau ruinieren zu lassen. Denn darauf läuft doch der Moskauer Einheitsrummel praktisch hinaus. Die Transportarbeiter sollen tanzen wie Moskau pfeift.

Wenn die russischen Gewerkschaften von der bolschewistischen Bevormundung, Unterdrückung und Kontrolle befreit sind, wenn ihre Mitglieder beschließen können, was sie für richtig halten, wenn sie selber ihre Delegierten wählen können, dann ist die Zeit gekommen, die freigewählten Vertreter der russischen Gewerkschaften einzuladen und gemeinsam mit ihnen, in ehrlichen kameradschaftlichen Beratungen, ohne alle Hintergedanken und hinterhältigen Pläne, an dem Ausbau der internationalen Gewerkschaftsorganisation zu arbeiten. Wenn erst die Sinowjew, Ljowoffis und ihre Untergebenen die unsauberen Hände aus dem Spiel lassen müssen, dann ist es überflüssig raffinierte, verlogene Einheitsparolen auszugeben, die Einheitsfront ist dann ohne weiteres da, als etwas Selbstverständliches, das höchstens der Formulierung bedarf.

Sollte den Moskauer Machthabern immer noch nicht klar geworden sein, daß ihre Absicht erkannt ist, die Gewerkschaften nach dem Rezept der 21 Punkte zu überfüttern, um sie ihren Zwecken dienlich zu machen, daß die Gewerkschaften ihre Umarmungen ablehnen, dann muß ihnen dies weiterhin so unumwunden bedeutet werden, wie es der Internationale Transportarbeiterkongreß getan hat. Ihre Spekulation, einen Keil in die internationale Gewerkschaftsbewegung zu treiben, ist verfehlt, trotz der krupelhaften Beschlogenheit und „Wit“, mit der sie betrieben wird.

„Nur Arbeit kann uns retten!“

Bochum, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Betriebsrat der Krupp-Werke teilt mit, daß in der letzten Woche wiederum 1300 Arbeiter und Angestellte entlassen wurden. Von der 26000 Mann starken Belegschaft arbeiten 87 Proz. wöchentlich 57 1/2 bis 60 Stunden. 58 Proz. wöchentlich 48 und mehr Stunden.

Je weniger Arbeit, desto längere Arbeitszeit — gebietet die Unternehmerlogik. Die Beschäftigten müssen — im Interesse der Produktionssteigerung, die die „Wirtschaftsbilanz“ erheischt — bis zu 60 Stunden arbeiten, damit ihre Arbeitsgenossen auf Pfahle gesetzt werden können. So will es die kapitalistische „Ordnung“.

Die Not in Ost-Oberschlesien.

Infolge der teilweisen Kurzarbeit seit Januar, der Ausperrungen und insbesondere des augenblicklichen Streiks, hat die Not in Ost-Oberschlesien eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Geschäfts- und Privathäuser werden von Bettlern, insbesondere Kindern, förmlich überhäuft. Die Bestrebungen privater Vereinigungen um Linderung der größten Not erweisen sich mangels ausreichender Mittel als vollkommen unzulänglich. Von den Behörden ist bisher nicht das Geringste getan worden. Im übrigen herrscht in der Geschäftswelt eine sehr große Geldknappheit, so daß viele angelegene Firmen ihre Steuern nicht bezahlen können und demgemäß der Kollisionsbeamte häufig Gast bei ihnen ist. Unter den gleichen Verhältnissen haben auch die Handwerker zu leiden.

Den Kreisen in Deutschland, die sich durch diese BTB-Meldung um die in dem polnischen Teil Oberschlesiens zweifellos herrschende Not so sehr bekümmert zeigen, sei in Erinnerung gebracht, daß auch in Deutschland noch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und die daraus sich ergebende Not herrscht. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Eine Richtigstellung macht sich für uns infolge einer — irrtümlichen Angabe der „Roten Fahne“ notwendig. In der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ schilderten wir einen Fall kommunistischer Betriebswohnbauorganisation. Da der „Roten Fahne“ aus dem Bergmann-Elektrizitätswerk, Seestraße, geschrieben worden war, daß der von ihr als „ein Judas“ beschimpfte Klempner Werner „Mitglied der SPD.“, „SPD.-Held“, sogar „ehrenwertes Mitglied der SPD.“ sei, waren wir leichtgläubig genug, den SPD.-Beuten wenigstens in diesem Punkte zu glauben, und sprachen daher den Betroffenen als unseren Genossen an. In Wirklichkeit ist Werner Mitglied der USPD., was selbstverständlich an der Zurückweisung seiner Verdächtigung in der „Roten Fahne“ durch uns nichts ändert.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Freitag, den 15. August, abends 7 Uhr, Versammlung der Scheidewellen- und -gehüllten im Gewerkschaftshaus, Goal 5. Tagesordnung: Die Umstellung bei der Reichsbahn. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Wenter; Wirtschaft: Heinz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckert; Freizeitsport: R. S. Fischer; Lokales und Sonstiges: Fritz Rothardt; Anzeigen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Publikations- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu eine Beilage und „Weltweit“.

GROSSER

Lebensmittel

VERKAUF

Möhren 3 Pfund	10 Pf.	Gem. Erbsen ... 1/2 Dose	58 Pf.	Leipz. Allerlei ... 1/4 Dose	75 Pf.	Pflaumen	90 Pf.
Rotkohl	6 Pf.					Marmelade	90 Pf.
Kartoffeln ... 10 Pfund	30 Pf.					Original Bismarck	80 Pf.
Malzkaffee ... 1 Pfund-Paket	18 Pf.					dopp	125 Pf.

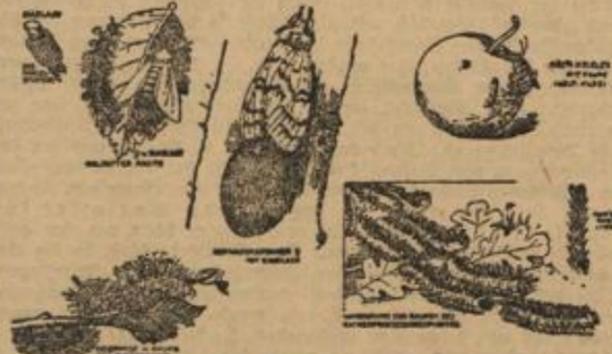
HERMANN

Leipziger Straße Alexanderplatz Frankfurter Allee

Die Feinde der Obst- und Laubbäume.

Gelegentlich jüngerer Datus als die Nadelbäume sind unsere Laubbäume, überhaupt die große Masse unserer heutigen Gwächse...

Zweige gelegt. Nur ausnahmsweise greift die Raupe des Eichenprozeffionspinneres (Thaumetopoea processionea) auf andere Laubbäume über...



Eulen und Wicler.

Zu weit würde es führen, auch nur die wichtigsten der zur Familie der Eulen, die ja den berichtigten Schädling dieses Jahres, die Forleule, stellen, gehörigen Arten zu nennen...

granela) und der Wehginster (Asopia farinalis) auf Speichern und in Bäckereien großen Schaden anzurichten vermögen...

Trotz äußerster Beschränkung in der Aufzählung der als Feinde unserer Kulturen auftretenden Schmetterlinge ist ihre Anzahl eine recht stattliche geworden...

Hypnose-Phantasien.

Schwere Anlagen gegen einen Pastor.

Die Strafkammer des Landgerichts 11 wird sich in der nächsten Zeit als Berufungsinstanz mit einem Fall beschäftigen...

Der Angeklagte Rain verkehrte in dem Hause des Pfarrers Barth, da er mit dessen Sohn Hans befreundet war...

Der Raupenfraß.

Was die Gefahr des Raupenfraßes vermehrt, ist, daß die von Raub sich nährenden Raupen zu einem sehr großen Teile nicht auf eine einzelne Baumart, etwa nur Eiche, Buche, Apfelbaum usw...

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Die Nacht war still und hell. Die Hunde bellten. Ferne Türen gingen. Der Schnee knisterte, obwohl ihn niemand betrat...

Wohnte Gott hinter den Sternen? Sah er den Jammer eines Menschen und rührte sich nicht? Was ging hinter dem eisigen Blau vor?...

Am nächsten Tag kam Andreas gruflos in die Stube. Er entnahm selbst Brot und Margarine dem Schrank...

D, wunderbar war der Sommer, eine kostbare Schnur glücklicher Tage, Lage der Sonne und der Freiheit...

Katharina kam. Mit sachlichen, knappen Bewegungen hantierte sie im Hause. Sie schien ihren Mann gar nicht mehr zu sehen...

Ihn beschäftigte nur das Rätsel der plötzlichen Veränderungen, die sich um ihn vollzogen hatten. Es war wie eine Verzauberung...

Es war eben eine Ausnahme, daß Andreas das Recht hatte, mit einem unfreundlichen Schaffner, mit einem verständnislosen Polizisten zusammenzustößen...

Ah! sah uns nur vor Gericht kommen. Dort sitzen keine ungebildeten Polizisten und keine rohen Schaffner. Die Gerechtigkeit leuchtet über den Sälen der Gerichtshöfe...

Parteinachrichten für Groß-Berlin



Einfindungen für diese Rubrik sind hierin zu richten. Bezirksvorstand. Heute Abend 6 Uhr Sitzung im Konferenzzimmer der 'Vorwärts'-Redaktion...

1. und 2. Kreis Sommerfest. Sonntag, den 17. August, feiern der 1. und 2. Kreis Sommerfest im Bezirk Friedrichshagen...

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, den 15. August, 7 1/2 Uhr. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern...

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Die Kaffeezeremonie am Donnerstag, den 14. August...

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater. Opernhaus am Königsplatz. Täglich 7 1/2 Uhr. Fürstenkind. Volkstheater. Täglich 8 Uhr. O. S. S. Deutsche Theater Sommerpielzeit...

Große Volksoper im Theater des Westens. 8 Uhr: Mignon. Casino-Theater. Täglich 8 Uhr. Das erste, beste Progr. Zum Schluss: Der Eröffnungs-Schau 'Muß Liebe schön sein!'...

ATA HENKEL'S SCHEUERPULVER. Ein Radiofunk ist einpassiert! Vom Engel, der den Mond poliert! Für ATA-Sendung besten Dank, Jetzt putzt er sich noch mal so blank! ATA putzt alles blitzblank!

Paul Loose im 62. Lebensjahre. Frau Anna Loose, geb. Jaack Marg. Dubenkrop, geb. Loose Otto Loose. Verkaufte Gegenstände: Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Das 2. Haus von der Leipziger Strasse. Noch einmal Hochsommer-Kleidung zu ungemein niedrigen Preisen. Voll-Voile-Kleider 875, Voll-Voile-Kasak 475, Weisse Mützen 175, Filzhüte 295, Strohhüte 675.

Bleichmittel. Hecht. Lindenstr. 81. Bleichmittel, Hecht, Zigaretten, Zigarren, Tabak billig.

Bilanz der Baugenossenschaft Bürgerwalde per 31. Dezember 1923. Aktiva: Ritzgrund Besen, Ritzgrund Konto, Ritzgrund-Rente, etc. Passiva: Gehälter Referentfondo, etc.

LUNAPARK. Heute Elite-Tag. 9 Uhr. Das sensationelle 9 Uhr. Donnerstags-9 Uhr. FEUERWERK. Konzert des Deutsch-Toskaner-Orchesters.

Bilanz der Baugenossenschaft Bürgerwalde per 31. Dezember 1923 (cont'd). Debit: Gebäude-Umsatzen, Sanierungs-Umsatzen. Kredit: Gewinna-Satzen, Depots-Unterhaltung, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Verwaltungsmittglieder. Dr. Elkan, Facharzt für Knorpelkrankheiten, Lungenleiden.

Schwaben. Höchste Anerkennungen. Gr. II. M. 1.20, Gr. III. M. 2.40, I. Pfd. M. 5.25. Allein echt nur in Packungen mit Marke Tod und Teufel.

Möbel. Verkaufte Gegenstände: Möbel, Teppiche, etc.

Verkäufe. Verkaufte Gegenstände: Möbel, etc.

Möbel. Verkaufte Gegenstände: Möbel, etc.

Musikinstrumente. Verkaufte Gegenstände: Klavier, etc.

Fahrräder. Verkaufte Gegenstände: Fahrräder, etc.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Verkaufte Gegenstände: Bekleidungsstücke, Wäsche, etc.

Verkaufe. Verkaufte Gegenstände: Möbel, etc.

Unterricht. Unterrichtsangelegenheiten. Verkaufte Gegenstände: Unterrichtsgegenstände, etc.

Verschiedenes. Verkaufte Gegenstände: Verschiedenes, etc.

Goldverkehr. Verkaufte Gegenstände: Gold, etc.

Vermietungen. Verkaufte Gegenstände: Vermietungen, etc.

Arbeitsmarkt. Verkaufte Gegenstände: Arbeitsmarkt, etc.

Stellengesuche. Verkaufte Gegenstände: Stellengesuche, etc.

Stellenangebote. Verkaufte Gegenstände: Stellenangebote, etc.

Tüchtige jüngere Kontoristinnen. die flott und sicher rechnen können, sofort gesucht.